

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 17 (1997)
Heft: 33

Artikel: Jugendliche ohne Lehrstelle und Job : die Krise der Berufsbildung - Reformvorschläge von unten
Autor: Rennenkampff, Kaj
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652146>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jugendliche ohne Lehrstelle und Job

Die Krise der Berufsbildung – Reformvorschläge von unten

„Krise der Berufsbildung als soziale Zeitbombe“, so titelte die NZZ und gab sich sehr besorgt, dass „sich die Schere zwischen den Ausbildungsinhalten und den Bedürfnissen der Wirtschaft weiter öffnet ... Ausbildung und Weiterbildung sind keine blossen Kostenfaktoren zwischen Rentabilität und Produktivität. Sie sind eine soziale Investition, denn beruflich nicht integrierte Jugendliche gelangen in eine gefährliche Spirale der Perspektivlosigkeit, die ein Klima von Gewaltbereitschaft und Kriminalität begünstigt.“ (NZZ, 26./27.4.97) Unbestritten ist: Unser Berufsbildungssystem steckt in der Krise und das duale System untergräbt sich selber. Die Krise der Berufsbildung hängt stark mit der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt zusammen, aber auch die mangelnde Flexibilität des Berufsbildungssystems ist eine wichtige Ursache des Lehrstellenmangels und der hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Die Statistiken (1990-1997) des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) zeigen deutlich, dass mit dem Anstieg der gesamten Erwerbslosigkeit seit den frühen neunziger Jahren auch die Erwerbslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen kontinuierlich ansteigt. 1994 beruhigte sich die Lage leicht, wobei vor allem die schweizerischen Jugendlichen die Nutzniesser waren. Die Jugenderwerbslosigkeit der ausländischen Jugendlichen stieg indessen weiter. In den Jahren nach 1994 erhöhte sich die Jugenderwerbslosigkeit wieder und stieg sogar schneller an als die gesamte Erwerbslosigkeit. Der Trend setzte sich auch 1997 fort. Zwar berichtete die NZZ zwischendurch von einem „Rückgang der Arbeitslosigkeit vor allem bei Jungen“, doch die Jugenderwerbslosigkeit geht im Frühling immer etwas zurück, um im Lauf des Sommers wieder anzusteigen. Ein Vergleich mit dem Vorjahresmonat zeigt, dass im April 1996 rund 6'500 Jugendliche weniger erwerbslos waren (BIGA 1996, 1997). Bei den Berufslehren sind Frauen insgesamt nach wie vor stark untervertreten und innerhalb der einzelnen Berufslehren sind Frauen in nur wenigen Berufen gut vertreten (BfS 1990-1996). Aus diesem Grund trifft sie der Abbau von Lehrstellen auch viel härter. Der Lehrstellenabbau findet besonders in den Bereichen statt, in denen viele Frauen vertreten sind (z.B. KV, Büro; vgl. BfS 1990-1996). Junge Frauen und insbesondere junge ausländische Frauen absolvieren vermehrt keine postobligatorische Ausbildung. Die Quote der 20-Jährigen ohne postobligatorische Ausbildung ist bei Frauen doppelt so hoch wie bei Männern (BfS 1996). Untersuchungen zeigen: Wer in diesem Alter noch keine Berufsausbildung in Angriff genommen hat, holt mit allergrösster Wahrscheinlichkeit auch keine mehr nach.

Jugendliche ausländischer Herkunft sind vom Lehrstellenmangel sowie von der Jugenderwerbslosigkeit massiv stärker betroffen. Während sich

1994 die Lage der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt leicht verbesserte, blieb sie für ausländische Jugendliche annähernd gleich. Es zeigt sich, dass leichte Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt nur jungen SchweizerInnen und in erster Linie jungen Schweizer Männern zugute kommen (BIGA 1990-1996). Weiter ist zu beobachten, dass junge AusländerInnen vermehrt schlechtqualifizierende Ausbildungsgänge wie Anlehren und Vorlehren absolvieren, während bei Schweizer Jugendlichen der Anteil, welcher eine solche minimale Ausbildung durchläuft, stetig sinkt (BfS 1990-1996).

Auf dem Hintergrund des Lehrstellenmangels ist die Erwerbslosigkeit von Jugendlichen auch noch unter anderen Aspekten zu betrachten: Ist die hohe Erwerbslosigkeit an sich schon ein Alarmzeichen, so zerstört die Erwerbslosigkeit zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn vielen Jugendlichen zusätzlich jegliche Perspektive. Der Zugang zur Arbeitswelt wird den Jugendlichen heute nicht nur nach der Lehre, sondern überhaupt verwehrt. Dabei möchten viele SchulabgängerInnen aus dem Schulalltag ausbrechen und in die Erwerbsarbeit einsteigen. Viele Jugendliche sind nämlich schulmüde. Mit viel Enthusiasmus und Energie gehen sie auf die Lehrstellensuche. Die Arbeitgeber, so scheint es, machen sich diese Krisensituation zunutze und haben erst noch die Dreistigkeit, den SchulabgängerInnen einzureden, sie seien zuwenig flexibel und zu stark auf einen Traumberuf fixiert (Facts, 30.4.1997). Bei besonders begehrten Lehrstellen (Maschinen- und Elektronikbranchen) werden Eignungstests eingeführt, welche die SchulabgängerInnen unter einen unglaublichen Prüfungsstress stellen.

Dabei musste das BIGA, welches für die Berufslehren zuständig ist, eingestehen, dass objektiv zuwenig Lehrstellen angeboten werden. Das neue Lehrstellenbarometer, welches im Auftrag des BIGA vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut LINK erstellt wurde, kommt zum Schluss, dass 1997 rund 4'400 Lehrstellen fehlen. Diese Zahl ergibt sich aus einer falschen Berechnungsmethode: Das BIGA hat das geschätzte Lehrstellenangebot von der Anzahl der Lehrstellensuchenden abgezogen. Es ist davon auszugehen, dass im Herbst gegen 8'000 Lehrstellen fehlen werden. Laut Lehrstellenbarometer von LINK werden 1997 rund 2,5 Prozent weniger Lehrstellen angeboten. Und in der Zeit von 1995 - 2005 wird die Zahl der 16-jährigen SchulabgängerInnen stark zunehmen: für mehr als 11'000 werden zusätzliche Lehr-, Schul- und Ausbildungsplätze nötig sein. Die Nachfrage steigt also, während das Angebot an Lehrstellen sinkt.

Reformvorschläge für die Berufsbildung

Von Jugendlichen wird heute viel Mobilität und Flexibilität verlangt. Doch sie haben nicht die Möglichkeit, diese zur Geltung zu bringen, denn das Ausbildungssystem in der Schweiz bleibt starren Strukturen verhaftet. Ist der Entscheid für einen bestimmten Ausbildungsgang gefallen, so muss dieser von Jugendlichen auf Biegen und Brechen zu Ende geführt werden. Das heutige System knüpft nach wie vor allzu stark am gewerblichen

Ausbildungsmuster an. Dieses geht davon aus, dass ein einmal gelernter Beruf bis zum Rentenalter ausgeübt wird (Girod 1997). Aus dieser Perspektive gesehen ist die Spezialisierung der einzelnen Berufe verständlich, denn diese gaben einem in der Lehre das Rüstzeug für die gesamte Berufslaufbahn weiter. Es wird noch nach dem Motto „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ausgebildet. Dieses Motto ist veraltet, ein reformiertes Berufsbildungssystem muss dem beschleunigten Technologiewandel, der erhöhten Mobilität, dem Verschwinden alter und dem Entstehen neuer Berufe Rechnung tragen können. Neu muss als Devise gelten: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans dann, wenn er es braucht“ (Loosli 1992).

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat schon vor einiger Zeit in seinem Berufs- und Weiterbildungskonzept (SGB 1989) *Reformvorschläge* vorgestellt und im letzten und diesem Jahr nochmals aktualisiert und konkretisiert (SGB 1996, 1997). Er schlägt vor, dass die Auszubildenden eine breite Grundausbildung erhalten, in der allen die sogenannten Schlüsselqualifikationen wie Planung, Kommunikation, Teamfähigkeit, Koordination und Lernen-zu-Lernen vermittelt werden. Auf dieser Basis wird es allen möglich sein, sich kontinuierlich weiterzubilden und die nötigen Fertigkeiten anzueignen, wenn sie gebraucht werden. Im weiteren wird gefordert, die Berufe in Berufsfeldern zusammenzulegen. In einem berufsübergreifenden *Grundausbildungsjahr* lernen die Auszubildenden eines Berufsfeldes annähernd dasselbe. Dieser Teil der Ausbildung findet hauptsächlich in der Berufsschule und in den Einführungskursen statt. In den Berufsschulen werden die allgemeinen Schlüsselqualifikationen vermittelt und in den Einführungskursen oder analogen Systemen berufsfeldspezifische Schlüsselqualifikationen. Nach diesem Grundjahr können sich die Auszubildenden ein umfassendes Bild über ihr Berufsfeld machen, welches ihren gewählten Beruf umgibt. Zusammenhänge und Abläufe zwischen den verschiedenen Berufen und Tätigkeiten werden in den Grundzügen klar. Falls die Auszubildenden Fähigkeiten oder neue Interessen entdecken, haben sie zu diesem Zeitpunkt noch die Möglichkeit, den Beruf im Berufsfeld zu wechseln. Die betriebliche Ausbildung ist im ersten Jahr nicht sehr ausgeprägt, doch gehört auch der reale Betrieb zu einem Berufsfeld und auch die betrieblichen Tätigkeiten sollen im ersten Jahr einbezogen werden. In den folgenden zwei Jahren gewinnt die betriebliche Ausbildung an Bedeutung und es beginnt die Phase der Spezialisierung, der Schulanteil wird in gleichem Masse reduziert. In diesen Ausbildungsjahren gilt es, die speziellen Tätigkeiten des Berufes zu erlernen und zu routinieren.

Mittlerweile haben auch Arbeitgeberverbände eingesehen, dass sie ihre Leute zu einseitig ausbilden, und sie erarbeiten deshalb neue Ausbildungsmodelle. In der Maschinenindustrie beispielsweise ist die Ausbildung mit einem berufsübergreifenden Grundjahr und dem Zusammenlegen der Berufe in Berufsfelder bereits Realität. Auch der Schweizerische Gewerbeverband verlangt eine Reform der Berufsbildung, die in die gleiche Richtung zielt (sgv 1994). Es gibt aber auch andere Beispiele. So wurde letztes Jahr das

Ausbildungsreglement der MaurerInnenlehre in eine TiefbaumaurerInnen- und eine HochbaumaurerInnenlehre aufgespalten, und zwar im Interesse der Tiefbaumeister, damit sie spezialisierte Arbeitskräfte erhalten. Eine TiefbaumaurerIn hat aber mit dieser Ausbildung nur in der Tiefbaubranche eine Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, weil Voraussetzungen für den Hochbau fehlen. Der Schweizerische Baumeisterverband konnte sich beim BIGA mit dieser Reform durchsetzen, obwohl das BIGA genau weiss, dass eine weitere Spezialisierung der Berufslehren der falsche Weg ist.

Die *Lehrlingspetition der SGB-Jugend*, die 1993 mit über 30'000 Unterschriften beim Parlament eingereicht wurde, skizziert ihre Berufsbildungsreform sehr konkret und fordert zusätzlich gewisse Rechte für Auszubildende. Sie verlangt *ein garantiertes Weiterbildungsjahr für alle, die eine Ausbildung abgeschlossen haben*. Dieses Recht auf Weiterbildung soll dazu genutzt werden, die Berufsmatura zu machen, welche zwar theoretisch berufsbegleitend oder während der Lehre gemacht werden kann, was aber kaum zu bewältigen ist. Das Weiterbildungsjahr kann natürlich auch für die berufsspezifische Weiterbildung verwendet werden. Die garantierte Weiterbildung hilft vor allem jenen, die bis jetzt nur einen begrenzten Zugang zur Weiterbildung haben. In einem weiteren Punkt verlangt die SGB-Jugend die Einführung einer *Weiterbeschäftigungsgarantie für alle LehrabgängerInnen*. Diese Massnahme könnte gerade der Jugenderwerbslosigkeit entgegenwirken. Die Weiterbeschäftigung muss den LehrabgängerInnen garantiert sein, damit sie eine reale Chance haben, die nötigen Berufserfahrungen sammeln zu können und sich so in den Erwerbsarbeitsprozess zu integrieren. Die Weiterbeschäftigungsgarantie bedeutet hingegen nicht, dass die LehrabgängerInnen zwingend in ihren Lehrbetrieben bleiben müssen. Die Lehrbetriebe müssen auch dafür verantwortlich sein, dass sie Fachkräfte für die Erwerbsarbeit und nicht für die Erwerbslosigkeit ausbilden. Wenn die Lehrbetriebe gezwungen sind, für ihre Ausgebildeten eine Stelle zu finden, dann werden sie sich auch im eigenen Interesse darum bemühen, eine gute Ausbildung anzubieten.

Der SGB-Vorstand und Arbeitgeber-Kreise befürchten mit der Weiterbeschäftigungsgarantie einen weiteren Abbau von Ausbildungsplätzen. Dem ist entgegenzuhalten, dass bisher auch ohne Weiterbeschäftigungsgarantie ein Abbau von Ausbildungsplätzen erfolgt ist. Diesem Trend ist also mit der Nichteinführung der Weiterbeschäftigungsgarantie nicht Einhalt zu gebieten. Zudem machen Lehrbetriebe, welche keine Weiterbeschäftigungsgarantie anbieten können, wenig Sinn, weil die Ausbildungsqualität schlecht ist und die Jugendlichen für die Erwerbslosigkeit ausgebildet werden. Diese beiden sehr grundlegenden Differenzen zwischen SGB-Jugend und SGB führten dazu, dass der SGB die Lehrlingspetition nicht unterstützte und dementsprechend sich auch nicht für die Umsetzung der unumstrittenen Forderungen stark machte. Mittlerweile hat der SGB-Vorstand die Lehrlingspetition ratifiziert und zugesagt, sich für die Umsetzung einzusetzen. Der SGB-Vorstand wehrt sich aber nach wie vor gegen die Weiterbeschäftigungsgarantie.

Neugestaltung der Berufsbildungspolitik

Die bisherigen Reformvorschläge werden dem ganzen Problem der Berufsbildung nicht gerecht, da nur die sogenannten BIGA-Lehren berücksichtigt sind. Daneben gibt es aber auf der Sekundarstufe II oder der nachobligatorischen Stufe noch weitere Ausbildungsgänge, die unterschiedlichen Ämtern zugeteilt sind. Da sind zum einen alle pflegerischen Berufe, welche vom Schweizerischen Roten Kreuz geleitet werden. Im weiteren sind auf der Sekundarstufe II die Lehrberufe und die Diplom- und Handelsschulen angesiedelt. Alle diese Ausbildungsgänge werden von unterschiedlichen Ämtern, teilweise sogar nur durch die Kantone geregelt und geführt. Eine solche stark kantonalisierte Berufsbildung erschwert die Koordination der verschiedenen Ausbildungsgänge sehr. Der SGB fordert deshalb, dass die gesamte Bildung oder zumindest die Sekundär- und die Tertiärstufe einem Bundesamt für Bildung zugeordnet werden, das am ehesten im Departement des Innern anzusiedeln wäre (SGB-Jugend 1993; SGB 1997).

Gegen diese Forderung stellen sich bürgerliche PolitikerInnen und Arbeitgeber, da sie kein Interesse an einem stärkeren staatlichen Engagement haben (BIGA 1996; SGV 1994). Ihrer Ansicht nach ist die Berufsbildung Sache der Arbeitgeber, da sie davon ausgehen, dass die berufliche Ausbildung sehr eng mit der Wirtschaft verknüpft bleiben muss.

Berufsbildungsämter und der SGB sehen im Lehrstellenmangel nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Ursachen. Deshalb werden von dieser Seite sogenannte *Ausbildungsverbände* (Wettstein 1996) gefordert, wie schon die Lehrlingspetition der SGB-Jugend es verlangte. Ausbildungsverbände sehen vor, dass alle Auszubildenden ihre betriebliche Ausbildung nicht nur in einem, sondern in mehreren Betrieben absolvieren, um alle Tätigkeiten, die sie für ihren Beruf erlernen müssen, in einem betrieblichen Umfeld sich aneignen und routinieren zu können. Bei einem Ausbildungsverbund bietet eine Reihe von Betrieben eine Anzahl von Lehrstellen an. Die Lehrlinge machen jeweils Teile der betrieblichen Ausbildung in verschiedenen Firmen. *Dieses Modell* bringt sowohl eine qualitative wie eine quantitative Verbesserung: Die Ausbildung wird zum einen qualitativ besser, weil unterschiedliche Tätigkeiten in verschiedenen Betrieben ausgeführt werden. Zum anderen können Betriebe Ausbildungsplätze anbieten, ohne alle damit verbundenen Tätigkeiten auszuführen. Dieses Modell bedingt aber auch eine teilweise *Neuorganisation der Lehrverträge*: In einem Ausbildungsverbund wird nicht mehr ein einzelner Betrieb, sondern der Verbund den Lehrvertrag abschliessen.

Dieses Modell eröffnet neue Möglichkeiten, um die betriebliche Ausbildung innovativ zu organisieren und zu gestalten. Doch wenn der Trend der Wirtschaft, sich von der Ausbildung zu verabschieden, anhält, so müssen andere Lösungen gesucht werden. In diesem Fall muss die *Berufsschule aufgewertet* werden, indem die Lehrlinge in die Berufsschule gehen und ihre Praktika in den Betrieben leisten müssen. Damit wird der Einfluss der Wirtschaft auf die berufliche Ausbildung stark geschmälert. Gleichzeitig

erhöht sich die Verantwortung der Berufsschulen, denn sie wären dafür zuständig, genügend Betriebe für die Praktikumsplätze zu finden und eine ausreichende Anzahl Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Damit wird das Angebot an Ausbildungsplätzen ganz von der Konjunkturlage unabhängig.

Die Diskussion über eine solche *radikale Änderung der Trägerschaft* der Berufsbildung steht an. Die betriebliche Ausbildung wird zwar nicht in Frage gestellt, aber die allzu enge Bindung der Berufsbildung an die Wirtschaft wäre aufgehoben. Gewerkschaftliche Kreise wären wahrscheinlich skeptisch, weil sie eine Abschaffung des dualen Systems befürchten. Dabei bleibt das duale System auch mit dieser Änderung bestehen. Die duale Ausbildung zeichnet sich durch schulische und betriebliche Ausbildungsteile aus, welche nicht geändert werden. Ändern würde sich lediglich die Trägerschaft der dualen Ausbildung. Wenn sich die Wirtschaft noch stärker aus der beruflichen Ausbildung zurückzieht, wird die Frage nach einem neuen Trägerschaftsmodell der dualen Berufsbildung diskutiert werden müssen. Denn der Kritik bürgerlicherseits an der dualen Berufsbildung, so von Bankenkreisen, die mit einem „Systemumbau“ eine Abschaffung der traditionellen Berufslehre wegen ihrer starken Konjunkturabhängigkeit anstreben (vgl. NZZ, 21.11.96, Die Weltwoche 25.5.97), muss mit einer kohärenten *Berufsbildungsreform* begegnet werden (Gonon 1997).

Bonus-Malus oder Genfer-Modell?

Der Lehrstellenmangel wirft auch die Frage der Finanzierung der Berufsbildung auf. Dass in der Schweiz nur ein Viertel der Betriebe ausbildet und der Rest der Betriebe sich nicht an der Ausbildung beteiligt, aber sehr wohl davon profitiert, steht fest (Wettstein 1996). Dies war schon immer so, solange jedoch kein Lehrstellenmangel herrschte, störte dies niemanden. Doch in Zeiten der Wirtschaftskrise wurden auf einmal die Betriebe, die nicht ausbildeten, öffentlich getadelt, während alle Lehrbetriebe, die Ausbildungsplätze anboten, gelobt wurden. Die für die Bildungsreform zuständige eidgenössische Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) unterstützt seit Januar 1997 die Parlamentarische Initiative „*Anreizsystem für Lehrstellen*“ (vom 21.6.96) des SP-Nationalrates Rudolf H. Strahm (1997), die sich am *Bonus-Malus-Modell* orientiert. Diese Initiative fordert die rasche Einführung eines Kompetenzartikels für den Bundesrat zur Förderung der Lehrstellen durch ein Anreiz- und Lastenausgleichssystem zugunsten der Lehrbetriebe und eine Übertragung des Vollzugs an die Branchen- und Berufsverbände in den Kantonen, was nach der vom Parlament bewilligten Sofortmassnahme von 60 Mio Franken von Belang ist. Die von der WBK-Kommission in Auftrag gegebene Expertenbefragung des GfS-Forschungsinstituts „*Lenkungsmassnahmen für den Lehrstellenmarkt*“ (GfS, Abschlussbericht/Hermann 1997) hebt vor allem die Vorzüge des Bonus-Malus-Modells hervor.

Dieses Finanzierungsmodell soll wie eine ökologische Steuer funktionieren: Ausbildende Betriebe werden belohnt, nichtausbildende Betriebe bestraft. So bestechend diese Lösung sich anhört, sie wird den strukturellen Unterschieden, welche im Ausbildungsangebot vorherrschen, nicht gerecht. Es gibt immer noch Branchen und Betriebe, welche offene Lehrstellen haben und deren LehrabgängerInnen oft arbeitslos sind, welche also eher zu viele Jugendliche ausbilden. Es wäre falsch, diese Branchen mit einem Bonus für ihre Ausbildungsplätze zu belohnen. Auf der anderen Seite würden sich wahrscheinlich genau diejenigen Branchen von der Ausbildung loskaufen, in denen Ausbildungsplätze fehlen.

Es ist ja an sich auch nicht falsch, dass nicht alle Betriebe ausbilden, ungerecht ist es jedoch, dass sich nicht alle an der Finanzierung beteiligen. Dieses Problem kann besser mit einer *Ausbildungsabgabe*, welche von allen ArbeitgeberInnen erhoben wird, gelöst werden; es wird ein Fonds geäufnet, der zu Berufsbildungszwecken verwendet werden soll. Dieses Finanzierungssystem wird zur Zeit als *Genfer-Modell* (OOF 1991) oder *Umlagefinanzierungsmodell* (DGB 1996) bezeichnet. In Genf zahlen schon heute alle Betriebe eine Weiterbildungsabgabe in einen Fonds ein, aus dem Weiterbildungsangebote finanziert werden. Auf nationaler Ebene müsste der Bund eine Ausbildungsabgabe erheben, welche in einen Fonds fließt, aus dem Ausbildungsmaßnahmen und -plätze finanziert werden könnten. Der Fonds würde von tripartiten Kommissionen (Gewerkschaften, Arbeitgeberseite und öffentliche Hand) verwaltet. Dieses Modell, das auch von SP-Nationalrätin Agnes Weber mit guten Gründen unterstützt wird (1997), hat den Vorteil, dass zielgerichtet Ausbildungsplätze geschaffen werden können oder die Schaffung solcher gefördert werden kann. Zudem bietet es aber auch die Möglichkeit, Stütz- und Integrationskurse, die Verbesserung der Chancengleichheit und vieles mehr gezielt zu finanzieren.

Die Diskussion um ein Finanzierungsmodell hat sich bisher im wesentlichen um diese beiden Systeme (Bonus-Malus, Genfer Modell) gedreht. Der SGB-Vorstand (vgl. Pressedienst vom 29.5.97) orientiert sich neuerdings am Genfer Modell, weil es seiner Einschätzung nach mehrheitsfähig ist, nicht aber das bessere Modell. Die Arbeitgeber lehnen grundsätzlich jedes Finanzierungsmodell ab; einige liebäugeln mit dem Genfer Modell. Das BIGA hat seinen lange erwarteten Berufsbildungsbericht plötzlich sehr schnell veröffentlicht. Er deckt teilweise die Probleme der Berufsbildung auf und macht Vorschläge zu Reformen, welche sich für eine verbreiterte Grundausbildung, Blockunterricht und Bildungsangebote im Modulsystem aussprechen. Er stellt aber in Abrede, dass die Berufslehren zu spezialisiert sind und sieht demzufolge auch keinen Anlass, diese zu reduzieren. Im weiteren möchte das BIGA die vorgeschlagenen Massnahmen kostenneutral durchführen. Dies wird dazu führen, dass selbst die zaghafte Massnahmen nicht realisiert werden. Der Berufsbildungsbericht befasst sich auch nur mit den BIGA-Berufslehren und klammert so einen grossen Bereich der beruflichen Ausbildung aus. Die vom BIGA einberufene nationale Lehrstellenkonferenz im November 1996 war denn auch enttäuschend. Das

BIGA hatte nichts vorzuweisen ausser dem Willen, ein Lehrstellenbarometer einzuführen. Trotz der angespannten Lage auf dem Lehrstellenmarkt zog das BIGA die Arbeitgeber nach wie vor nicht zur Verantwortung: Mit dem Referat von Prof. Rolf Dubs (St. Gallen) versuchte man, einmal mehr zu beweisen, dass finanzielle Anreizsysteme zur Schaffung von Lehrstellen nicht zum gewünschten Ziel führen (Ackermann 1996).

Zu hoffen ist jetzt, dass nach der parlamentarischen Diskussion über Berufsbildung im Nationalrat konkrete Handlungsschritte beschlossen werden. Verschiedene Jugendorganisationen haben im Rahmen des Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit an der „Lehrstellenkonferenz von unten“ am 7. Juni in Biel ein Projekt vorgestellt, welches die Lancierung einer Initiative „Für eine solidarische Finanzierung der Berufsbildung“ vorsieht. Die Initiative verlangt die Einführung der Umlagefinanzierung auf nationaler Ebene, damit genügend Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Das Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit wird an einer Vollversammlung im Herbst definitiv über die Lancierung entscheiden. Auch darüber, welche kurzfristigen Massnahmen von unten in Angriff zu nehmen sind gegen Stellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit. (Wer sich an der Vernehmlassung zu dieser Initiative beteiligen will, kann die Unterlagen unter folgender Adresse bestellen: Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit c/o OKAJ, Wasserwerkstr. 17, 8035 Zürich, Tel.: 01 362 32 00, Fax: 01 362 53 54)

Literatur

- Ackermann, Ewald, 1996: Ernüchterung nach der nationalen Lehrstellenkonferenz. Noch fehlt der Wille zum Handeln. SMUV-Zeitung, Nr. 49. Bern.
- Boillat, Jean-Pierre, 1997: Reform der Berufsbildung wird angepackt. SGB-Pressedienst, Nr.10 und Nr. 11 v. 29. Mai, Bern.
- Bundesamt für Industrie Gewerbe und Arbeit (BIGA), 1990 bis 1997: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Bern.
- Bundesamt für Statistik (BfS), 1996: Berufsbildung. Bern.
- Bundesamt für Statistik (BfS), 1996: SchülerInnen und StudentInnen. Bern.
- Bundesrat, 1996: Bericht des Bundesrates über die Berufsbildung. Bundesgesetz über die Berufsbildung. Bern.
- Deutscher Gewerkschafts-Bund, 1996: Eckwerte für ein Bundesgesetz zur solidarischen Finanzierung der dualen Berufsbildung. Düsseldorf.
- Girod Urs, 1997: Berufsbildung und Strukturwandel. Der Mythos des dualen Ausbildungssystems. SMUV-Zeitung, Nr. 17. Bern.
- Gonon, Philipp, 1997: Berufsbildungsreform – sanfte Renovation oder Systemwechsel? NZZ, Nr. 54, Zürich.
- Hagenbüchle, Walter, 1997: Krise der Berufsbildung als soziale Zeitbombe. NZZ, 26./27.4. Zürich.
- Herrmann, Vera / GfS-Forschungsinstitut, 1997: Lenkungsmassnahmen für den Lehrstellenmarkt. Eine Expertenbefragung/Abschlussbericht. Zürich/Bern.
- Loosli René, 1992: Die Landschaft der Berufsbildung muss offener und vielseitiger nutzbar werden. Bern.
- Office d'Orientation et de Formation Professionnelle, 1991: Genfer Fonds zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Genf.

- Schweizerische Gewerbliche Rundschau/sgr, Nr. 3, 1994. Bern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 1989: Berufsbildung dauert ein Leben lang. Berufs- und Weiterbildungskonzept des SGB. Bern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 1996: Berufsbildung auf dem Prüfstand. Dokumentation Nr. 34. Bern.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund., 1997: Berufsbildung und Lehrstellenmangel. Probleme und Lösungsvorschläge. Dokumentation Nr. 43, J.-P. Boillat, u.a. Bern.
- SGB-Jugend, 1993: Die Zeit läuft, wir wollen mit. Lehrlingspetition. Bern.
- Strahm, Rudolf H., 1997: Die Folge des Lehrstellenmangels. Wirtschafts-Dok. Presse-Dienst SPS, Nr. 460 und 466. Bern.
- Weber, Agnes, 1997: Wohin führt die Reise der Berufsbildung? NZZ, 19.6., Zürich.
- Wettstein Emil, 1997: Lehrstellenmangel. Kein Sanierungsfall In: SonntagsZeitung, 5. Mai. Zürich.

STUDIENBIBLIOTHEK

ZUR GESCHICHTE

DER ARBEITERINNEN - BEWEGUNG

FREIHANDAUFSTELLUNG . AUSLEIHE . LESE
& ARBEITSPLÄTZE . KOPIERMÖGLICHKEIT .
KOMPETENTE BERATUNG

40.000 BÜCHER: ARBEITERBEWEGUNG .
SOZIALE BEWEGUNGEN . FRAUENBEWE-
GUNG . POLITIK . GESELLESCHAFT . WIRT-
ARBEITERKULTUR . PHILOSOPHIE . LÄNDER

1.500 ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENTITEL:
DARUNTER ZAHLREICHE TAGES- UND
WOCHENZEITUNGEN . ZEITSCHRIFTEN

SPEZIALSAMMELGEBIETE

PERSONEN- UND ORGANISATIONS-
ARCHIVALIEN

QUELLENSTR.25

I M I N N E N H O F

8005 ZÜRICH

ÖFFNUNGSZEITEN:
DIENSTAG - FREITAG 9.00 - 13.00 & 14.00 - 18.00 UHR
DONNERSTAG BIS 19.30 UHR
MONTAG NACH VEREINBARUNG